



## Grüne Partei der Schweiz

Gründung:	1983
Abkürzung:	GPS
Parteipräsidentin:	Regula Rytz (BE, seit 2012)
Generalsekretärin:	Regula Tschanz
Bundesräte:	keine
Internet:	<a href="http://www.gruene.ch">www.gruene.ch</a> / <a href="http://www.gruene-biel.ch">www.gruene-biel.ch</a>
Kontakt :	<a href="mailto:gruene@gruene.ch">gruene@gruene.ch</a> / <a href="mailto:secretariat@gruene-biel.ch">secretariat@gruene-biel.ch</a>
Jungpartei:	Junge Grüne
Abkürzung:	JGS
Internet :	<a href="http://www.jungegruene.ch">www.jungegruene.ch</a>
Kontakt :	<a href="mailto:info@jungegruene.ch">info@jungegruene.ch</a>
Sitze im Stadtrat:	7
Sitze im Gemeinderat :	1



Parteistärke:	2003	2007	2011	2015
Wählerstärke:	8	9.8	8.4	7.1
Anzahl Sitze im Nationalrat:	13	20	15	11
Anzahl Sitze im Ständerat:	0	2	2	1



## GESCHICHTE DER PARTEI

Zu Beginn der 1970er Jahre haben sich in der Westschweiz (Neuenburg und Waadt) und in der Deutschschweiz (Bern und Zürich) die ersten grünen Parteien gebildet. Die Parteien sind oftmals aus lokalen Umweltschutzbewegungen entstanden, welche sich im Kampf gegen Strassenbauprojekte formiert haben. Ein Grossteil der Erstmitglieder der Partei waren Politikerinnen und Politiker etablierter Parteien (SP, FDP) welche mit der Umweltpolitik ihrer ehemaligen Parteien nicht zufrieden waren.

Bei den Gemeinde- und Kantonswahlen konnten die Grünen Parteien schnell erste Erfolge verbuchen und 1971 wurde der erste Grüne im Kanton Waadt in den Nationalrat gewählt. Im Jahre 1983 wurden dann auch die ersten Grünen Nationalräte in der Deutschschweiz gewählt. Im selben Jahr wurde auch der erste Versuch unternommen, die vielen kleinen Parteien in einer nationalen Partei zusammenzufassen, was jedoch an den unterschiedlichen politischen Orientierungen der einzelnen Parteien scheiterte. Da diese ideologischen Unterschiede nicht überwunden werden konnten, wurden zwei verschiedene nationale Parteien gegründet; einerseits die „realistische“ Föderation der grünen Parteien der Schweiz welche 1986 zur Grünen Partei der Schweiz umbenannt wurde, und andererseits die „fundamentalistische“ Grüne Alternative Schweiz (GRAS) welche später zum Grünen Bündnis der Schweiz (GBS) wurde.

Die Realisten waren eher zentriert und hielten an bürgerlichen Werten fest. Ihr Anliegen war es, den Umweltschutz in die existierende Politik einzubinden. Im Gegensatz dazu bildeten sich die Fundamentalisten aus dem alternativen Milieu der Linken, welche aus der 68er-Bewegung entstanden sind. Sie vertraten neben dem Umweltschutz auch revolutionäre Ziele aus sozialer Sicht.

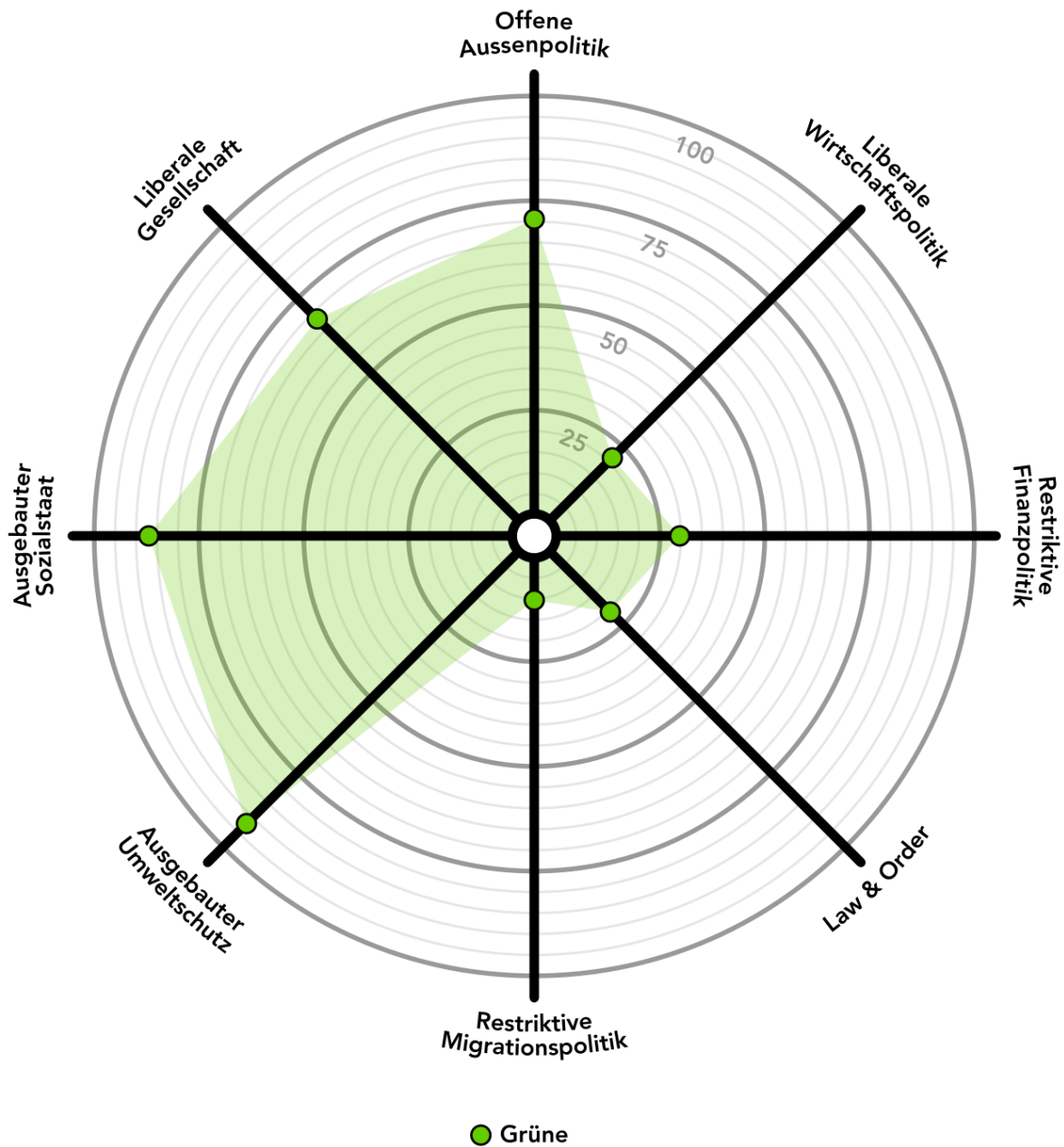
Zu Beginn waren beide Parteien erfolgreich im Nationalrat vertreten und konnten zusammen bei den Wahlen im Jahre 1991 14 Sitze holen. Doch im Verlaufe der 1990er Jahre folgten die ersten Niederlagen, was vor allem an der Europafrage und der Wirtschaftskrise lag. In dieser Zeit rückten umweltpolitische Themen eher in den Hintergrund was sich auch in den Wahlen widerspiegelte; 1995 verloren beide Parteien in den Nationalratswahlen, wobei das Grüne Bündnis der Schweiz mehr Einbussen machen musste als die Grüne Partei der Schweiz.

In den folgenden Jahren schlossen sich immer mehr Sektionen des GBS der Grünen Partei an, was schliesslich die Gründung einer nationalen Grünen Partei zur Folge hatte. Durch die Fusion der beiden Parteien hat die Grüne Partei vermehrt soziale Themen des GBS übernommen und sich tendenziell mehr der Linken zugewandt. Diese neue Orientierung war sehr erfolgreich, welche auch durch den internationalen Kontext (Irakkrieg, Globalisierung, Klimawandel) bevorzugt wurde, und verhalf der Partei zu grossen Erfolgen bei den Wahlen in den Jahren 2003 und 2007, wobei sie 2007 mit 9.8% ihr bisherig bestes Wahlergebnis erreichte.

Aufgrund der starken Linksorientierung hat sich im Laufe der Jahre innerhalb der Partei erneut eine etwas liberalere Opposition gebildet. Daraus entstand 2007 die Grünliberale Partei.

# POLITISCHES PROFIL

Smartspider der GPS



© www.smartvote.ch / www.sotomo.ch

Die smartspider-Grafik basiert auf dem Mittelwert der Antworten aller SVP-Kandidaten welche den smartvote-Fragebogen für die nationalen Wahlen 2015 ausgefüllt haben.

**Interpretation:** Die smartspider-Grafiken bilden Werthaltungen und politische Einstellungen anhand von acht thematischen Achsen ab. Pro Achse kann ein Wert zwischen 0 und 100 erreicht werden. Ein Wert von 100 steht für eine starke Zustimmung zum formulierten Ziel der entsprechenden Achse. Ein Wert von 0 bedeutet, dass das formulierte Ziel keine Zustimmung erhält.

Weitere Infos unter: [https://www.smartvote.ch/downloads/methodology\\_smartspider\\_de\\_CH.pdf](https://www.smartvote.ch/downloads/methodology_smartspider_de_CH.pdf)

## POLITISCHE POSITIONEN

Die folgenden Tabellen zeigen die Mittelposition der Kandidierenden der SVP auf die Fragen von smartvote.

Soziales & Familie		Antwort
1	Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Nein
2	Finden Sie es richtig, dass der Bund die ausserfamiliäre Kinderbetreuung finanziell unterstützt?	Ja
3	Soll zusätzlich zur Mutterschaftsversicherung ein mehrwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt werden?	Ja
4	Würden Sie es begrüssen, wenn gesamtschweizerisch Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen eingeführt würden?	Ja
5	Befürworten Sie eine Anpassung der Sozialhilfe-Richtlinien, die Leistungskürzungen für Grossfamilien und junge Erwachsene vorsieht?	Nein
6	Soll der Umwandlungssatz, der die Höhe der BVG-Rente (2. Säule) regelt, an die gestiegene Lebenserwartung angepasst und von 6.8 auf 6.0% gesenkt werden?	Nein

Gesundheit		Antwort
7	Würden Sie eine Erhöhung der Mindestfranchise bei der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) von 300 auf 500 CHF befürworten?	Nein
8	Soll eine Impfpflicht für Kinder gemäss dem schweizerischen Impfplan eingeführt werden?	Eher Nein
9	Sollen Behandlungen mit Methoden der komplementären (alternativen) Medizin nach 2017 weiterhin durch die Grundversicherung (KVG) bezahlt werden?	Ja
10	Sollen in der Schweiz vermehrt Spitäler geschlossen werden, um die Kosten im Gesundheitsbereich zu senken?	Eher nein

Bildung & Forschung		Antwort
11	Soll sich der Staat stärker für gleiche Bildungschancen einsetzen (z.B. mit Nachhilfe-Gutscheinen für Schüler/innen aus Familien mit geringem Einkommen)?	Ja
12	Befürworten Sie die Harmonisierung von Lehrplänen zwischen den Kantonen (z.B. durch die Projekte Lehrplan 21 oder PER)?	Ja
13	Soll in allen Kantonen in der Primarschule eine zweite Landessprache unterrichtet werden?	Ja
14	Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Ja
15	Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Turn-/Schwimmunterricht, Schullager oder Sexualkundeunterricht)?	Eher nein
16	Sollte der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes stärker berücksichtigt werden?	Nein

Migration & Integration		Antwort
17	Würden Sie es befürworten, wenn für Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, gesamtschweizerisch das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene eingeführt würde?	Ja
18	Soll die Einbürgerung von Ausländer/innen der dritten Generation erleichtert werden?	Ja
19	Soll die Aufenthaltserlaubnis für Migrant/innen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten schweizweit an die Erfüllung verbindlicher Integrationsvereinbarungen geknüpft werden?	Eher nein
20	Sollte der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von	Ja

	Aufenthaltsbewilligungen legalisiert werden?	
21	Soll die Schweiz vermehrt Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten aufnehmen, für die das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Aufnahmeländer sucht (sog. Kontingentsflüchtlinge)?	Ja

Gesellschaft & Ethik		Antwort
22	Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen?	Ja
23	Im Juni 2015 hat das Volk einer Lockerung der Regeln in der Fortpflanzungsmedizin zugestimmt (Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik, PID). Begrüssen Sie diesen Entscheid?	Ja
24	Soll der Konsum von Cannabis sowie dessen Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Ja
25	Würden Sie die Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen börsenkotierter Unternehmen befürworten?	Ja
26	Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Eher ja
27	Würden Sie es begrüssen, wenn in der Schweiz die automatische Organspende (Widerspruchslösung) eingeführt würde?	Eher ja
28	Soll sich der Bund aus der Kulturförderung zurückziehen?	Nein

Finanzen & Steuern		Antwort
29	Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen steuerlich veranlagt werden (Individualbesteuerung)?	Ja
30	Haben für Sie Steuersenkungen auf Bundesebene in den nächsten vier Jahren Priorität?	Nein
31	Sollen Bund und Kantone im Rahmen der Unternehmenssteuerreform (USR III) Einbussen bei den Steuereinnahmen in Kauf nehmen, um international mobile Firmen in der Schweiz zu halten?	Nein
32	Befürworten Sie die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer auf Wertschriften?	Ja
33	Die finanzstarken Kantone möchten ihre Beitragszahlungen an die finanzschwachen Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA) deutlich reduzieren. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Nein
34	Soll das Bankgeheimnis im Inland gegenüber schweizerischen Steuerbehörden aufgehoben werden?	Ja

Wirtschaft & Arbeit		Antwort
35	Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 4'000 CHF (für eine Vollzeitstelle)?	Ja
36	Soll der Kündigungsschutz für ältere Angestellte (über 50 Jahre) ausgebaut werden?	Ja
37	Sollen die Direktzahlungen zur Förderung der Bio-Produktion zulasten der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe erhöht werden?	Ja
38	Sollte sich die Regionalpolitik des Bundes künftig stärker auf die wirtschaftliche Förderung in Städten und Agglomerationen konzentrieren?	Nein
39	Sollten die bestehenden Importerleichterungen für Lebensmittel aus der EU (Cassis-de-Dijon-Prinzip) abgeschafft werden?	Ja
40	Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Festlegung der Öffnungszeiten nach freiem Ermessen)?	Nein
41	Befürworten Sie ein generelles Werbeverbot für Alkohol und Tabak?	Ja

Energie		Antwort
42	Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes (auch für KMU und Privathaushalte)?	Nein
43	Eine Volksinitiative verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029.	Ja

	Befürworten Sie dies?	
44	Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Nein
45	Bislang wird auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas) eine CO <sub>2</sub> -Abgabe erhoben. Soll diese Abgabe auch auf Treibstoffe (z.B. Benzin, Diesel) ausgeweitet werden?	Ja

Umwelt & Transport		Antwort
46	Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über das Jahr 2017 hinaus verlängert werden?	Ja
47	Befürworten Sie eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?	Nein
48	Befürworten Sie ein Verbot der Nutzung von Gebirgslandeplätzen für rein touristische Helikopterflüge (z.B. Heliskiing)?	Ja
49	Im Hinblick auf die Sanierung des Gotthardstrassentunnels hat das Parlament den Bau einer zweiten Röhre beschlossen. Befürworten Sie dies?	Nein
50	Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte (z.B. Bern–Zürich oder Lausanne–Genf) auf durchgehend drei Spuren ausgebaut werden?	Nein
51	Eine Volksinitiative fordert, dass die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz auf dem heutigen Stand begrenzt wird. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Ja

Institutionen		Antwort
52	Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden?	Ja
53	Die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sind für die Schweiz verbindlich. Finden Sie dies richtig?	Ja
54	Würden Sie die Einführung eines obligatorischen allgemeinen Bürgerdienstes (Militär-, erweiterter Zivildienst oder Miliz-Engagement in der Gemeinde) für Männer und Frauen befürworten?	Eher Nein

Justiz & Sicherheit		Antwort
55	Befürworten Sie eine deutliche Reduktion des aktuellen Armeebestands auf höchstens 100'000 Soldaten?	Ja
56	In den letzten Jahren wurden die Regeln zum Erwerb und Besitz von Waffen verschärft. Befürworten Sie diese Entwicklung?	Ja
57	Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?	Nein
58	Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?	Nein
59	Die Schweiz hat eines der strengsten Gesetze betreffend Geschwindigkeitsübertretungen im Strassenverkehr ("Raser"-Gesetzgebung). Sollte dieses gelockert werden?	Nein
60	Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein

Aussenpolitik		Antwort
61	Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Eher nein
62	Hat für Sie die strikte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Priorität gegenüber dem Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU?	Nein
63	Soll die Schweiz mit den USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnehmen?	Nein
64	Sollen die Haftungsregeln für Unternehmen aus der Schweiz in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verschärft	Ja

	werden?	
65	Soll sich die Schweizer Aussenpolitik stärker an einer strikten Auslegung der Neutralität orientieren?	Nein

Die folgende Tabelle zeigt die Mitteposition der Kandidierenden der SVP zu den Fragen des Budgets.

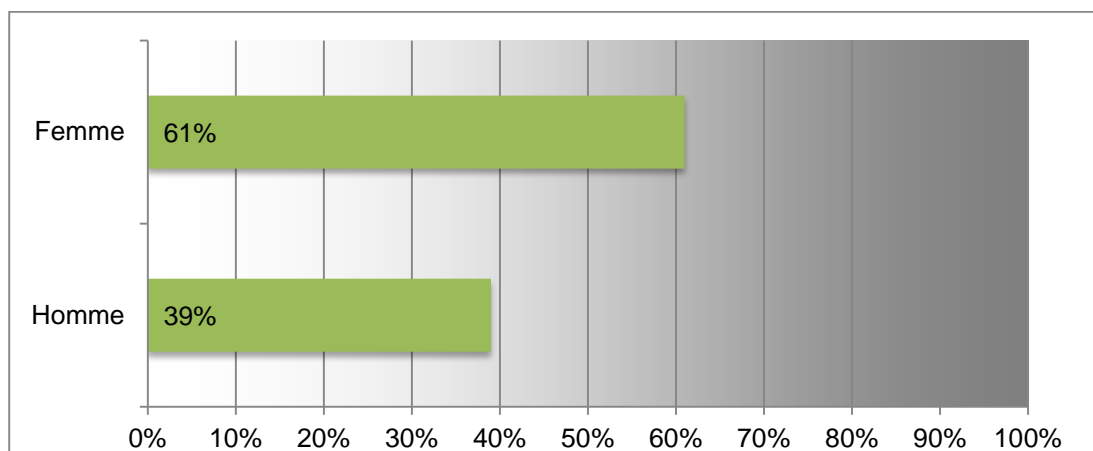
	<b>Bundesaussgaben</b>	<b>Antwort</b>
66	Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit (3'000 Mio. CHF)	Erhöhen
67	Landesverteidigung (4'700 Mio. CHF)	Leicht reduzieren
68	Öffentliche Sicherheit (1'100 Mio. CHF)	Nicht ändern
69	Bildung & Forschung (7'400 Mio. CHF)	Leicht erhöhen
70	Soziale Wohlfahrt (22'400 Mio. CHF)	Erhöhen
71	Strassenverkehr (3'100 Mio. CHF)	Leicht reduzieren
72	Öffentlicher Verkehr (5'300 Mio. CHF)	Erhöhen
73	Umwelt und Raumordnung (1'500 Mio. CHF)	Leicht erhöhen
74	Landwirtschaft (3'700 Mio. CHF)	Nicht ändern
75	Beiträge an die Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs (3'200 Mio. CHF)	Nicht ändern

## WÄHLERPROFIL

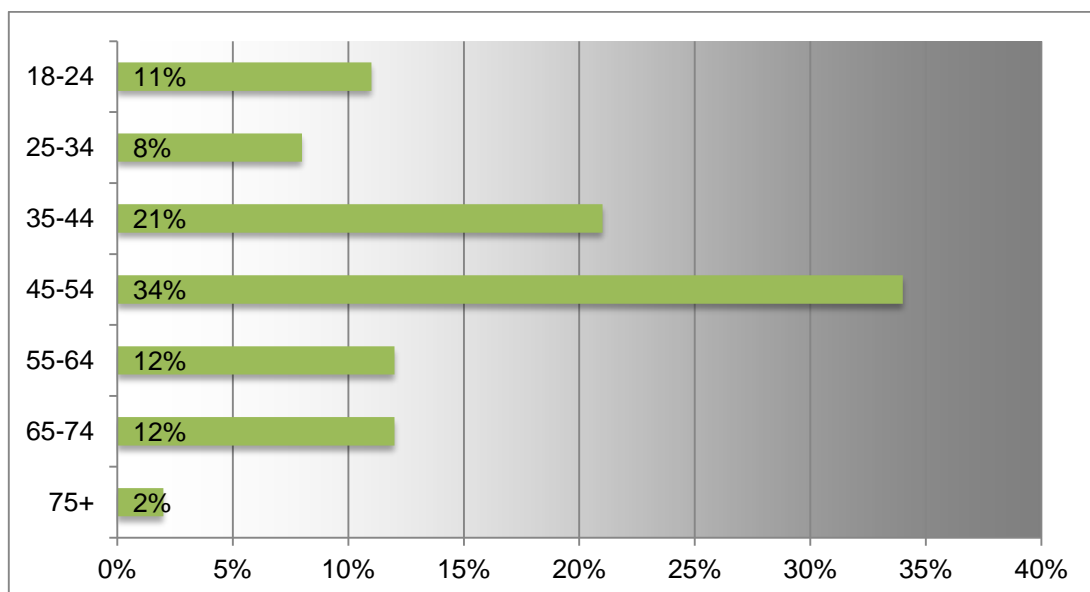
Die folgenden Daten zeigen auf, wer genau die Wähler der GPS sind. Die Daten stammen aus den nationalen SELECTS Umfragen. Diese repräsentative Umfrage wurde nach den Nationalen Wahlen 2011 durchgeführt. Über 3'000 Personen wurden dabei telefonisch befragt

Lesehilfe: Die Gesamtheit der Schweizer Wählerschaft kann nach verschiedenen Kriterien kategorisiert werden (z.B. Alter, Geschlecht, Beruf). Die folgenden Abbildungen beschreiben die Charakteristiken der GPS-Wähler von 2011. Zum Beispiel; wenn das Balkendiagramm einen Wert von 61% für die Kategorie „weiblich“ anzeigt, so bedeutet dies, dass 61% all jener, die für die GPS gestimmt haben, Frauen sind.

### Geschlecht GPS

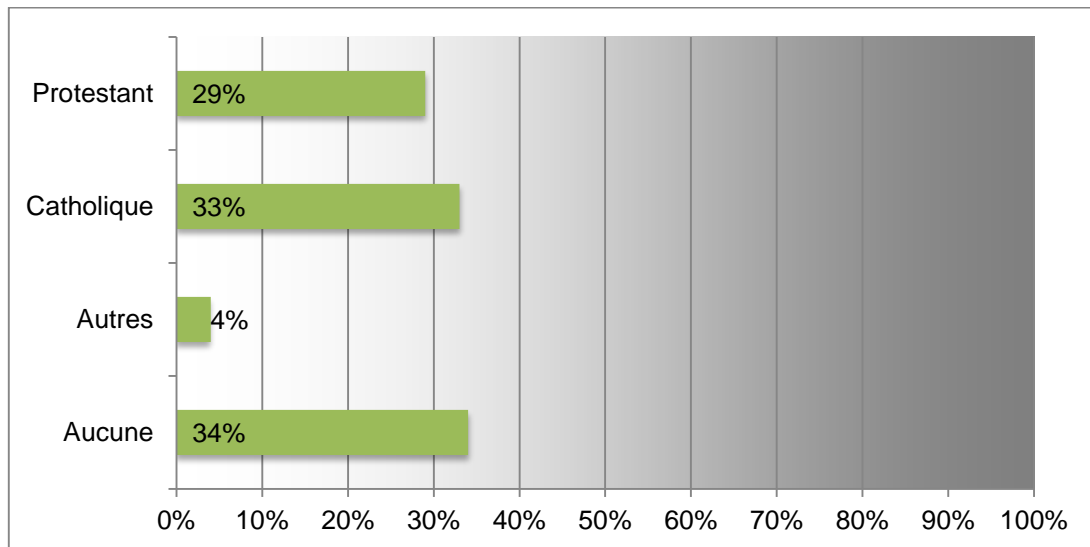


### Alter GPS

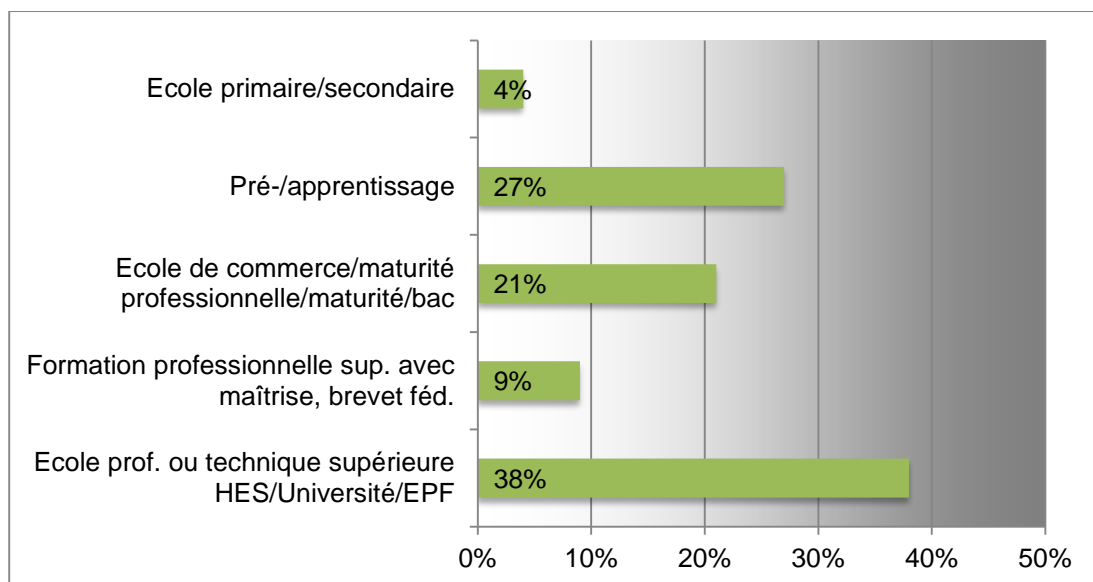




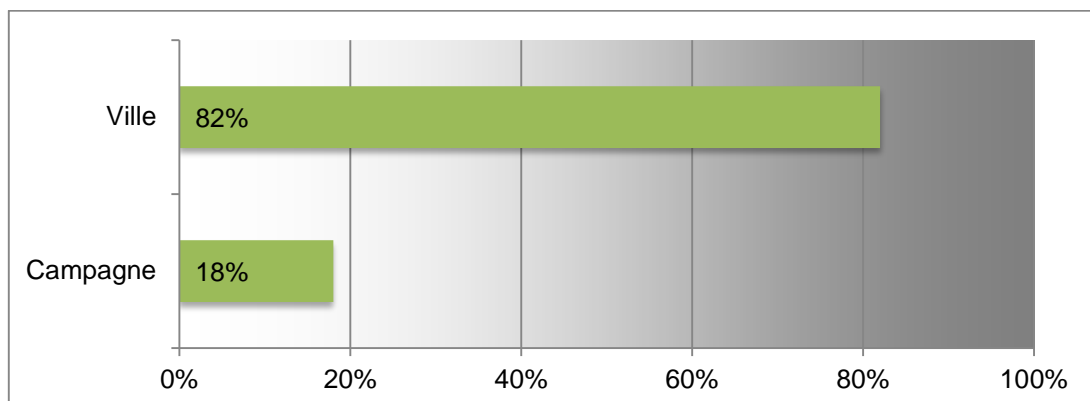
## Konfession GPS



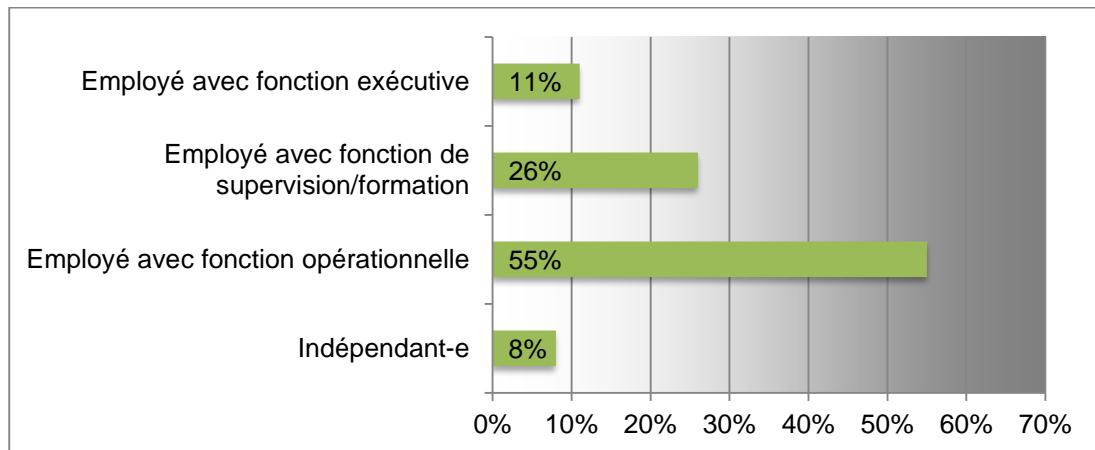
## Bildung GPS



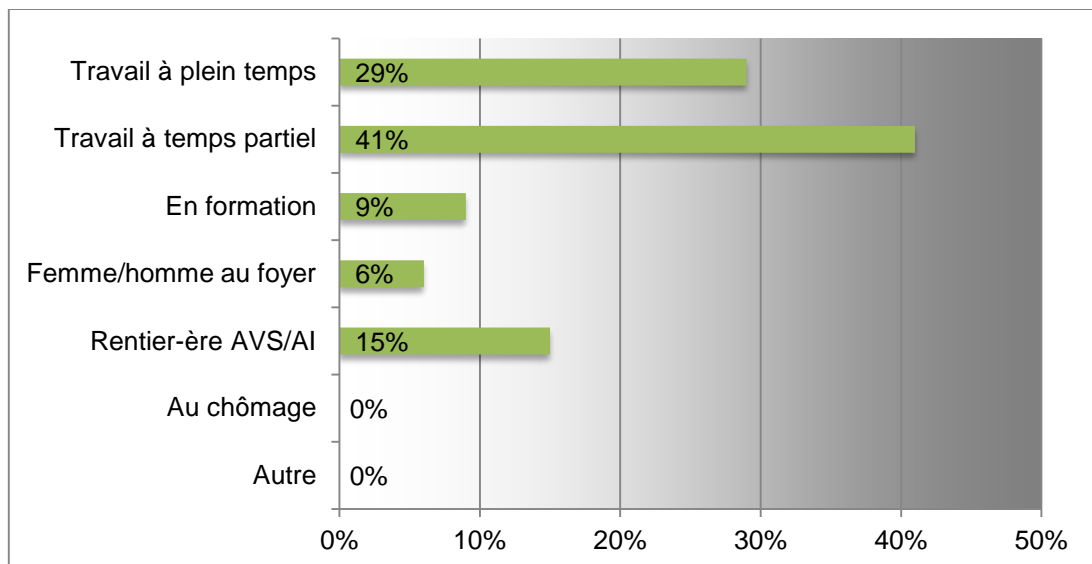
## Region GPS



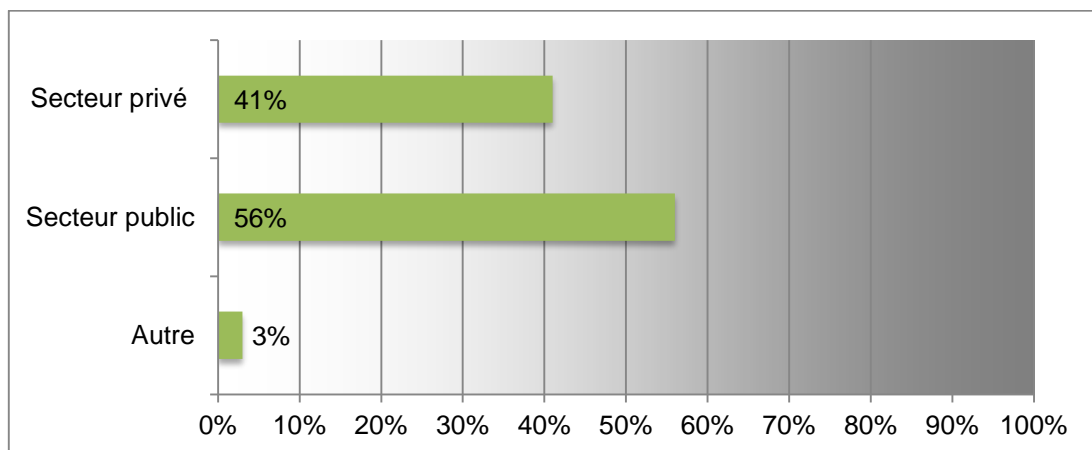
## Berufliche Situation GPS



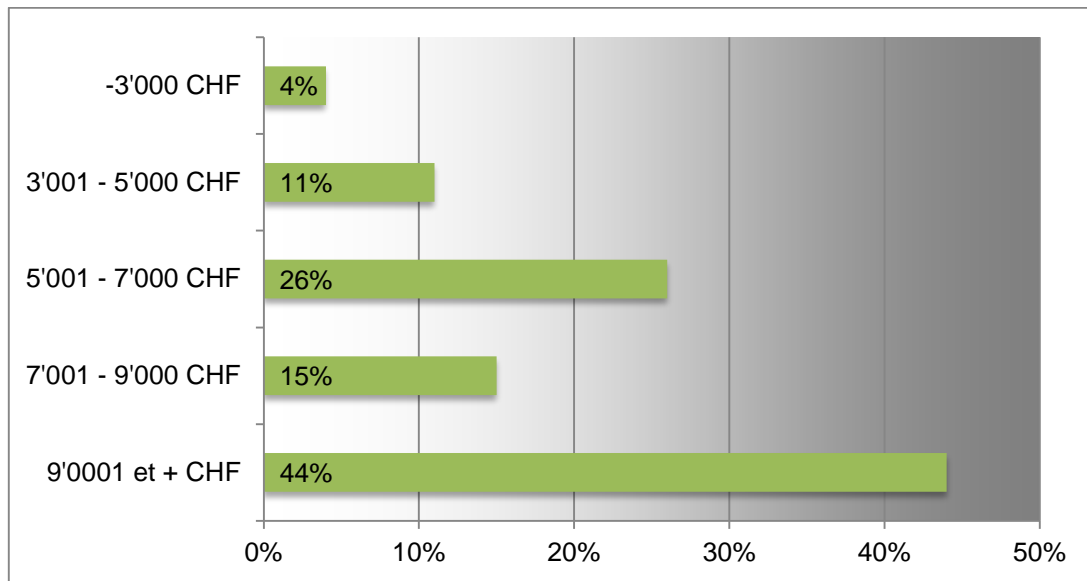
## Aktuelle Beschäftigung GPS



## Sektor GPS



## Monatseinkommen GPS (Haushalt)



Kontakt für weitere Informationen:

smartvote Postfach 834  
3000 Bern 9  
kontakt@smartvote.ch 033 534 99 15